

Politische Gewalt

Formen, Hintergründe, Überwindbarkeit

Birgit Enzmann

1	Einleitung	44
2	Politische Gewalt – ein politischer Begriff	44
3	Interne Differenzierung	47
3.1	Täter und Ziele	48
3.2	Opfer und Adressaten	49
3.3	Legalität und Legitimität	50
4	Entstehungsfaktoren nichtstaatlicher politischer Gewalt	53
4.1	Allgemeine Annahmen	53
4.2	Ausgewählte Zusammenhänge	55
5	Ambivalenz staatlicher Gewalt	58
6	Prävention und Überwindbarkeit politischer Gewalt	62
	Literatur	64

1 Einleitung

Zur Lösung politischer Konflikte steht ein breites Repertoire an Mitteln zur Verfügung. Ob auch Gewalt angewendet wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Konfliktparteien ausreichende Ressourcen mobilisieren können, um ihre Position mit friedlichen Mitteln durchzusetzen. Je weniger sie sich dazu in der Lage sehen, desto eher werden gewaltsame Möglichkeiten erwogen. Die Entscheidung beeinflussen dann unter anderem sich öffnende Gelegenheitsfenster, zu befürchtende Restriktionen, verfügbare Rechtfertigungsstrategien sowie die individuelle und kollektive Akzeptanz von Gewalt.¹ Einen Automatismus gibt es dabei ebenso wenig wie eine universell gültige Erklärung politischer Gewalt. Monokausale Ansätze sind heute mehrdimensionalen Ansätzen gewichen. Zudem wird nur noch selten politische Gewalt als Ganzes untersucht. Die Spannbreite politischer Gewalt ist enorm, selbst wenn man, wie in diesem Handbuch, einen engen Gewaltbegriff verwendet, der sich auf die physische Schädigung von Menschen durch Menschen beschränkt. Insofern ist es verständlich, dass Theorien zu einzelnen Gewaltformen und Small-n-Vergleiche aus einer Epoche oder Region dominieren. Darüber darf eine Gesamtschau auf das Phänomen politischer Gewalt aber nicht vergessen werden. Denn die verschiedenen Gewaltformen stehen in konkreten politischen Prozessen häufig in Wechselwirkung zueinander: Das staatliche Gewaltmonopol beispielsweise steht durch sein Drohpotential gewaltsamer Rebellion entgegen, kann aber, wenn massiv missbraucht, Widerstand oder Revolution provozieren.² Der folgende Beitrag gibt deshalb einen Überblick über diese Vielfalt, zeigt gleichzeitig die Besonderheiten politischer gegenüber vorpolitischer Gewalt auf, erläutert dann einige Hintergründe nicht-staatlicher und staatlicher politischer Gewalt und stellt schließlich die unvermeidliche Frage nach der Überwindbarkeit von Gewalt als Mittel der Politik.

2 Politische Gewalt – ein politischer Begriff

Der Begriff der politischen Gewalt ist selbst ein Politikum. Seit Johann Galtungs Definition der strukturellen Gewalt in den 1970er Jahren bestand bis weit in die 1990er Jahre die Tendenz, den Begriff der Gewalt möglichst weit und wertend zu fassen, um aufzuzeigen, in welchem Ausmaß und auf welche zum Teil subtile Weise Menschen in der modernen Gesellschaft in allen Lebensbereichen verletzt, geschädigt, unterdrückt werden.³ Die kritisch-emanzipatorische Absicht dieser Definitionen ist zwar opportun,

1 Vgl. Zimmermann 2004. Hippler 2012.

2 Vgl. Zimmermann 2004, S. 230 f.; Lichbach und Gurr 1981.

3 Wenn an sich vermeidbare Ungleichheiten in soziale Strukturen fest integriert sind und die damit das Entwicklungspotential einiger Menschen und ihre Chance zur Bedürfnisbefriedigung unnötig beeinträchtigen, spricht Galtung von struktureller Gewalt. Vgl. Galtung 1975, S. 12. Zur Kritik vgl. Riekenberg 2008. Siehe die späte Verteidigung eines weiten Gewaltbegriffs bei Wulf 1996, S. 78.

macht aber eine vergleichende Untersuchung von politischen Gewaltformen unmöglich, weil sich durch die Einbeziehung von Strukturen die Frage nach den zentralen Kategorien wie Täterschaft, Zielsetzung oder Auslöser nicht durchgehend stellen lässt. Auch die implizite Wertung von Gewalt als verachtungswürdig⁴ schränkt die wissenschaftliche Brauchbarkeit solcher Definitionen ein, da sie Formen der Nothilfe, Selbstverteidigung, aber auch die legale Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols nicht einschließt. Seit den 1990er Jahren geht, insbesondere in Analysen zur politischen Gewalt, der Trend stattdessen zu einer deutlichen Verengung des Begriffs. „Gewalt ist die zielgerichtete, direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen“, definiert die von der Bundesregierung eingesetzte Gewaltkommission 1990.⁵ Der Vorteil dieser und ähnlich enger Definitionen liegt in ihrer wissenschaftlichen Anwendbarkeit. Durch die Beschränkung auf Gewalt als Handlungsbegriff kann ein einheitliches Untersuchungsschema verwendet werden. Die Konzentration auf physische Gewalt erhöht Klarheit und Beobachtbarkeit. Gleichzeitig schließt der etwas weitere Begriff der „physischen Schädigung“ statt „Verletzung“ auch Entführung und Deportation, Internierung politischer Gegner, Inhaftierung politischer Gewalttäter etc. mit ein. Der Verzicht auf weitere Wertung ist, wie schon erläutert, vor allem für die Einbeziehung der Perspektive von politischer Gewalt und Gegengewalt bzw. Gewaltabwehr wichtig. Außerdem erlaubt nur die Beschränkung auf zielgerichtete, absichtliche Gewalt eine Untersuchung der Ziele, möglicher Legitimationsstrategien etc. Auch dies ist besonders für den Bereich der politischen Gewalt wichtig.⁶

Erfordert also schon der Begriff der Gewalt eine zu rechtfertigende Entscheidung, gilt das nicht weniger für die Abgrenzung der Sonderform politischer Gewalt. Zuweilen werden unter politischer Gewalt nur extremistische Gewalt und Terrorismus verstanden, mithin gewaltsame Formen des Protests von unten gegen den Staat oder eine Politik- und Gesellschaftsordnung. Entgegengesetzt findet sich auch die Feststellung, politische Gewalt sei die, die der Staat über seine Bürger oder gegen andere Staaten ausübt. Dagegen sei private Gewalt die der Bürger untereinander. Drei Gründe sprechen gegen beide Beschränkungen auf nur staatliche oder nur nichtstaatliche Täter. Erstens wird, wie die aktuellen Entwicklungen in Arabien in Erinnerung rufen, in großem Maß auch von Bürgern Gewalt angewendet, die auf politische Machtverhältnisse und Institutionen gerichtet ist. Auch in einem Bürgerkrieg kämpfen definitionsgemäß Bürger gegen Bürger, dennoch wird man das nicht als private Gewalt bezeichnen. Das widerspräche zweitens auch der Rechtsprechungspraxis, wenn man etwa die Sonderbestimmungen

4 Vgl. Sofsky 1997, S. 103 ff.; er fordert, Gewalt stets aus der Perspektive des Leidens der Opfer zu untersuchen.

5 Schwind et al. S. 36. Ähnlich die Definition des Philosophen Heinrich Popitz: „Gewalt meint eine Machttaktion, die zur absichtlichen körperlichen Verletzung anderer führt.“ Popitz 1992, S. 48. Für einen auf physische Schädigung begrenzten Begriff politischer Gewalt Bloxham und Gerwarth 2011, S. 1 f.

6 Vgl. die ausführliche Diskussion der Vorzüge einer Definition ähnlich der der Gewaltkommission bei Nunner-Winkler 2004, S. 27–48.

für Kriegsverbrechen oder die Differenzierung zwischen kriminellen und verfassungsfeindlichen Vereinigungen im Strafrecht betrachtet. Drittens kann der Staat Gewalt zu verschiedenen Zwecken gegen seine Bürger einsetzen: zur Bekämpfung herkömmlicher Kriminalität genauso wie zur persönlichen Bereicherung der Herrscherclique oder zur Niederschlagung politischer Reformbewegungen. Insofern ist das Kernmerkmal politischer Gewalt, das eine Abgrenzung zu vorpolitischer Gewalt erlaubt nicht der Täter, sondern der Zweck.

Politische Gewalt sei somit verstanden als (1) die direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen, die (2) zu politischen Zwecken stattfindet, d. h. darauf abzielt, von oder für die Gesellschaft getroffene Entscheidungen zu verhindern oder zu erzwingen oder die auf die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zielt und versucht bestehende Leitideen zu verteidigen oder durch neue zu ersetzen, die außerdem (3) im öffentlichen Raum, vor den Augen der Öffentlichkeit und an die Öffentlichkeit als Unterstützer, Publikum oder Schiedsrichter appellierend stattfindet.⁷

Nicht zur politischen Gewalt zählt dagegen die mafiotische Gewalt, die zwar den Staat unterminiert, aber keine politischen Ziele implementiert, sondern die persönliche Bereicherung. Ebenfalls auszugrenzen ist die „normale Delinquenz“, die zwar die Staatsgewalt herausfordert und auch oft soziale Ursachen haben mag, aber keine politischen Ziele hat, solange sie auf die Verbesserung der eigenen Lage beschränkt ist.⁸ Ebenso wenig sind zur politischen Gewalt öffentlich zelebrierte Gewaltakte zu rechnen, die rein symbolischen oder rituellen Charakter haben oder als Selbstzweck betrieben werden.

Im Einzelfall wird die Trennung nicht immer gelingen. Terroristische und kriminelle Gewalt beispielsweise können zur Ressourcenbeschaffung miteinander verflochten sein⁹ und zwischen extremistischer und vorpolitischer Gewalt von Jugendcliquen oder Hooligans gibt es erhebliche personelle Überschneidungen. Zudem ist die Grenzziehung Ergebnis sozialer Konstruktion. Was als politische oder private oder kriminelle Gewalt gilt, ist eine Frage der jeweils in einer Gesellschaft akzeptierten und ggf. in Rechtsform gegossenen Definition.¹⁰ Beispiel hierfür ist die schrittweise Umwertung erlaubter „körperlicher Züchtigung“ von Kindern zu einer strafrechtlich relevanten Form der Körperverletzung.¹¹

7 Vom öffentlichen Charakter gibt es vereinzelt Abweichungen, etwa im Fall geheimpolizeilicher Gewalttaten. Für diesen und weitere Hinweise danke ich Klaus Wahl.

8 Vgl. hierzu die grundlegend andere Position von Narr 1973.

9 Vgl. Rabert 1995, S. 22.

10 Kriminalität ist ein Konstrukt, meint z. B. Lorenz Schulz 2006. Vgl. dazu auch Lindenberger und Lüdtke 1995, sowie Imbusch 2002, S. 50 f.

11 Seit einer Gesetzesänderung des § 1631 (2) BGB vom November 2000 ist in Deutschland jeglicher Einsatz körperlicher Gewalt gegen Kinder verboten, Strafbarkeit gemäß § 223 StGB. Zwischen 1900 und 1958 lautete der § 1631 (2) BGB dagegen: „[1] Der Vater kann kraft des Erziehungsrechts angemessene Zuchtmittel gegen das Kind anwenden. [2] Auf seinen Antrag hat das Vormundschaftsgericht ihn durch Anwendung geeigneter Zuchtmittel zu unterstützen.“ 1958 wurde der Begriff „Zuchtmittel“ zwar gestrichen aber die Züchtigung erst 2000 verboten. Der Bewusstseinswandel bei den Eltern ist bisher aber

3 Interne Differenzierung

Innerhalb des Komplexes politischer Gewalt besteht eine Reihe von Differenzierungsmöglichkeiten: nach Tätern, Zielsetzungen, Opfern und Adressaten, hinsichtlich Legalität und Legitimität (Abb. 1 und 2).

Die Betrachtung dieser Unterscheidungskriterien erlaubt es nicht nur, größere und geringere Familienähnlichkeiten festzustellen, sondern auch noch auf weitere allgemeine Charakteristika politischer im Unterschied zu vorpolitischer Gewalt hinzuweisen.

Abbildung 1 Interne Differenzierung politischer Gewalt – Teil 1

	Widerstand	Revolution	Extremismus	Terrorismus
<i>Täter</i>	nichtstaatliche Akteure, individuell oder kollektiv	nichtstaatliche Akteure, kollektiv; ggf. Unterstützung von Opposition, Militär u. Ausland	nichtstaatliche Akteure, individuell oder kollektiv	nichtstaatliche Akteure; individuell oder kollektiv
<i>Ziel</i>	Wiederherstellung der Rechtsordnung	Errichtung neuer sozioökonomischer, politischer Ordnung; Machtgewinn	Errichtung neuer sozioökonomischer, politischer oder Wertordnung	Störung der Handlungsfähigkeit des Staats
<i>Opfer</i>	Verantwortliche für Verfassungsbruch, Regierung	Regierung, herrschende Eliten	„Feinde“	Symbolfiguren, Jede und Jeder
<i>Adressaten</i>	Gesamtgesellschaft	Gesamtgesellschaft	Unterstützer	Unterstützer, Staat/Regierung
<i>Legalität</i>	gesetzwidrig aber ggf. verfassungskonform	gesetz- und verfassungswidrig	gesetz- und verfassungswidrig	gesetz- und verfassungswidrig
<i>Legitimität</i>	Moral, Wertordnung	Rationalität, Ideologie, Wertordnung	Ideologie, Wertordnung	Ideologie, Wertordnung

Quelle: eigene Darstellung nach Informationen der Beiträge in diesem Band.

gering. Vgl. die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (forsa), 2011.

Abbildung 2 Interne Differenzierung politischer Gewalt – Teil 2

	Staatsterror	Krieg	Bürgerkrieg
<i>Täter</i>	staatliche oder parastaatliche, paramilitärische, parasoziale Akteure	staatliche oder parastaatliche, paramilitärische Akteure	nichtstaatliche Akteure, kollektiv; ggf. Unterstützung von Opposition, Militär u. Ausland
<i>Ziel</i>	Kontrolle der Zivilgesellschaft, Machterhalt	Macht- und Ressourcengewinn, Selbstverteidigung, Nothilfe	Macht- und Ressourcengewinn, ethnischer/weltanschaulicher Vorrang
<i>Opfer</i>	eigene Bevölkerung, Opposition, Randgruppen	ausländische Truppen, paramilitärische Einheiten, Guerillas ...	andere Bevölkerungsgruppen
<i>Adressaten</i>	eigene Bevölkerung	eigene und fremde Gesamtgesellschaft, ausländische Regierung	in- und ausländische Unterstützer, Gesamtgesellschaft
<i>Legalität</i>	gesetz- und verfassungswidrig oder legalisiert durch Notstandsgesetze	verfassungs- und völkerrechtskonform oder -widrig	gesetz- und verfassungswidrig
<i>Legitimität</i>	Ideologie	Rationalität, Wertordnung, Moral	Ideologie, Wertordnung

Quelle: eigene Darstellung nach Informationen der Beiträge in diesem Band.

3.1 Täter und Ziele

Differenziert nach Tätern könnte man drei Gruppen politischer Gewalt bilden. Die erste bildet *staatliche Gewalt*. Sie richtet sich nach außen gegen andere Staaten (Krieg, Humanitäre Intervention u. v. m.), nach innen gegen Regimegegner, Kontrahenten politischer Konflikte (Durchsetzung des Gewaltmonopols) oder gar die gesamte Bevölkerung (Staatsterror). Es kommt hinzu die *parastaatliche (paramilitärische) Gewalt* als Ersatz oder in Konkurrenz zur staatlichen Gewalt. Eine dritte Gruppe bildet die *nichtstaatliche Gewalt*. Sie kann von Einzelnen oder Kleingruppen in eigener Verantwortung (individuell) oder von beliebigen zivilgesellschaftlichen Kollektiven bzw. stellvertretend für sie (kollektiv) verübt werden. Wichtig ist dabei, dass auch politische Gewalt, die von Einzelnen verübt wird, *nie allein* von persönlichen Motiven abhängt; sie nimmt stets auf teil- oder gesamtgesellschaftliche Ziele Bezug und unterscheidet sich dadurch im Grad ihrer Individualität von individueller privater oder krimineller Gewalt.

Innerhalb der nichtstaatlichen Gewalt lohnt aufgrund der Fülle eine weitere Differenzierung nach Zielen. Ein Teil richtet sich gegen andere Bürger (Bürgerkrieg, extremistische Gewalt, Pogrome), ein anderer gegen den Staat. Diese gegenstaatliche Gewalt kann zur Beseitigung der staatlichen Ordnung (Guerillabewegungen, Terrorismus), zur

Herbeiführung eines Regimewechsels oder neuer Regeln (Revolution) oder zur Wiederherstellung einer durch Machtmissbrauch gefährdeten Rechtsordnung (Widerstand) dienen. Kollektive nichtstaatliche Gewalt, die von eigens dafür gegründete Organisationen (SA und SS der NSDAP bis 1933, Ku-Klux-Klan) vor allem gegen bestimmte ethnische und religiöse Gemeinschaften eingesetzt wird, wird gelegentlich gesondert aufgeführt und als *extrastaatliche (parasoziale) Gewalt* bezeichnet.¹²

3.2 Opfer und Adressaten

Mit den verfolgten Zielen ändern sich auch die Opfer politischer Gewalt. Bei fast allen Gewaltformen besteht dabei ein direkter Zusammenhang zwischen beiden, d. h. die Opfer werden gezielt ausgewählt, weil sie als Person oder als Repräsentanten einer identifizierbaren Gruppe als gegnerische Konfliktpartei gelten. Gewaltsamer Widerstand richtet sich also beispielsweise gegen die für den Verfassungsbruch Verantwortlichen, Revolution gegen die herrschende Elite und ihre Unterstützer, extremistische Gewalt gegen Mitglieder der verhassten ethnischen Gruppe usw. Diese Zielabhängigkeit ist wesentlicher Teil der unten noch genauer erläuterten Rechtfertigungsstrategie politischer Gewalt: Die Opfer werden dafür als „die Anderen“ oder „die Feinde“ definiert und so eine Desidentifikation erreicht. Zygmunt Bauman spricht sogar von einer gezielt betriebenen Dehumanisierung der Opfer im Vorfeld der Attacken.¹³ Dagegen wird eine Schädigung nicht Beteiligter soweit wie möglich vermieden. Anders verhält es sich bei terroristischer Gewalt. Ihre angestrebte Wirkung der Zerrüttung und Demoralisierung basiert wesentlich darauf, dass die nächsten Opfer nicht vorhersehbar sind sondern jederzeit jede Person oder Gruppe damit rechnen muss, ins Visier genommen zu werden. Terrorismus und auch Staatsterror arbeiten also mit einer „Opfer-Ziel-Differenzierung“.¹⁴ Das heißt nicht, dass die Opfer nicht gezielt ausgewählt würden, aber es besteht zwischen ihnen und dem diagnostizierten Konflikt kein direkter Zusammenhang.

Die Möglichkeit einer solchen Opfer-Ziel-Differenzierung beruht darauf, dass politische Gewalt nicht eine Zweierbeziehung zwischen Täter- und Opferseite herstellt, wie in den meisten Fällen privater oder krimineller Gewalt. Dritte sind bei letzterer nicht gewünscht.¹⁵ Dagegen liegt bei politischer Gewalt typischer Weise eine Dreiecksbeziehung zwischen Gewaltakteuren, ihren Opfern und ihren Adressaten vor. Einen dieser Adressaten bildet stets die Öffentlichkeit. Charakteristisch für politische Gewalt ist, wie schon in o. g. Definition angeführt, dass sie im öffentlichen Raum, vor den Augen der Öffent-

¹² Vgl. die Auflistung staatlicher Gewalt bei Nohlen 2002, S. 168.

¹³ Bauman 1992, S. 35; vgl. zur Desidentifikation Swaan 2000, S. 197.

¹⁴ Vgl. Wimmer 2009, S. 399.

¹⁵ Vgl. Imbusch 2002, S. 43 f. Eine Ausnahme können Akte mafiotischer Gewalt sein, die eine Abschreckungs- oder Einschüchterungswirkung auf andere Erpressungsoffer haben sollen.

lichkeit und an die Öffentlichkeit als Unterstützer, Publikum oder Schiedsrichter appellierend stattfindet. Dies ist Teil der Rechtfertigungsstrategie. Einen anderen Adressaten bilden die, die durch die Gewaltakte zum Handeln gezwungen werden sollen. Können diese Entscheidungsträger – etwa aufgrund guten Personenschutzes – nicht selbst zum Opfer der Gewalt gemacht werden, werden Opfer gewählt, mit denen die Entscheidungsträger besonders unter Druck gesetzt werden können. Beispielsweise führt Gewalt gegen Frauen und Kinder oder an symbolträchtigen Orten einem bekämpften Staat seine Unfähigkeit vor Augen, zentrale Werte zu schützen. Es ist Teil einer Erpressungsstrategie.

3.3 *Legalität und Legitimität*

Legal ist politische Gewalt nur in wenigen Fällen. Innenpolitisch gehören dazu nur die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols im Rahmen der positivrechtlichen Schranken und die Selbstverteidigung oder Nothilfe in Ausnahmesituationen. Einen seltenen Fall stellt die Legalisierung gewaltsamen Widerstands gegen den Staat dar. Obwohl Widerstand seiner Definition nach gesetzwidrig ist, kann er in der Verfassung als unter sehr strengen Auflagen legal definiert sein. Das Widerstandsrecht im Deutschen Grundgesetz nach Art. 20 Abs. 4 GG ist eines der seltenen Beispiele.¹⁶ Außenpolitisch sieht die UN-Charta ein Gewaltverbot vor, das ebenfalls nur wenige Ausnahmen zulässt. Sie sind in der Regel an ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrates geknüpft. Darüber hinaus bestehen zahlreiche internationale Abkommen zur Begrenzung des menschlichen Leids in Kriegen, sei es der Kombattanten oder der Zivilbevölkerung. Innen- wie außenpolitisch besteht also das Bestreben, „ungebundene“ Gewalt zu verhindern, indem man sie entweder in „gebundene“, ja sogar verrechtlichte Gewalt überführt oder aber als illegal definiert.

Eine Besonderheit politischer Gewalt besteht, gerade in Abgrenzung zu privater Gewalt und Gewaltdelinquenz, in ihren begleitenden Rechtfertigungsstrategien. Gegenüber der Öffentlichkeit stellen beide Seiten ihre Forderung als die richtige, überlegene, dar und rechtfertigen den Gewalteininsatz als legitim und unverzichtbar im Dienst der Sache. Dies geschieht nicht erst im Nachhinein als Rationalisierungsversuch oder Entschuldigungsgrund vor Gericht oder gegenüber Opfern. Die Rechtfertigungsstrategie ist Teil der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Gewaltaktion. Sie dient dazu, frühzeitig aktive und passive Unterstützer zu gewinnen, das Risiko sozialer Sanktionen und Gegenwehr abzuschätzen, die Legitimation der Gegenseite zu untergraben und sie – im besten Fall – zum Einlenken zu bewegen. Bei den Tätern besteht zumeist „nur ein durchbrochenes oder gar kein Unrechtsbewusstsein, weil die Tat ideologisch vorbereitet ‚mit gutem Gewissen‘ oder in Übereinstimmung mit anerkannten Normen

16 Vgl. den Beitrag von Josef Isensee in diesem Band.

und Rollen verübt wird.“¹⁷ Politische Gewalt ist somit zwar in der Regel illegales, also rechtswidriges Handeln, wird aber von den Tätern nicht als „deviant“ oder illegitim gesehen.

Legitimität besitzen heißt, einen moralischen oder vernünftigen Anspruch auf Anerkennung zu haben. Das bedeutet, es liegen gute, von anderen nachvollziehbare Gründe für eine Maßnahme vor. Politische Gewalt ist, gemessen an den Wertmaßstäben einer Ideologie oder Weltanschauung, an den Normen einer (Sub)Kultur oder den Zwecken einer Organisation, regelkonform und legitim. Die Täter rechtfertigen sich, anders als bei vorpolitischer Gewalt somit nicht als Person, sondern als Verfechter übergeordneter Wahrheiten. Sie haben dadurch einen erweiterten „Legitimationsfundus“, der über eine unmittelbar einsichtige Zweck-Mittel-Rationalität hinausgeht.¹⁸ Das heißt, gerade durch den Bezug auf außer- oder überraionale Rechtfertigungsgründe ist die Überzeugungskraft der Legitimationsstrategien politischer Gewalt häufig nicht universell, sondern auf den Kreis Gleich- und ähnlich Gesinnter beschränkt. Entscheidend ist, dass bei ihnen ein Legitimitätsglaube erzeugt werden kann, nicht, dass auch ein externer Beobachter den Gewaltakt als legitim ansieht. Das gilt insbesondere für extremistische und terroristische Gewalt, die ihre Strategien gezielt auf diese Kreise ausrichten. Revolutionen und Widerstandsakte dagegen streben eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung an und müssen sich bevorzugt an Vernunft- und allgemein akzeptierten Gerechtigkeitsmaßstäben orientieren.

Aufgrund des Prozesscharakters von Gewalt ist es nicht nur erforderlich, einen legitimen Grund für den Einsatz von Gewalt anzugeben, sondern auch den Nachweis zu führen, sie nur im unbedingt erforderlichen Umfang, auf legitime Weise, unter Vermeidung unnötiger Opfer und mit realistischen Erfolgsaussichten verwendet zu haben. Zwei Dimensionen werden bei der externen Untersuchung der Legitimation politischer Gewalt deshalb beachtet: die Phase, für die die Legitimation erbracht wird und die Gründe, auf die sie sich stützt (vgl. Abb. 2). Das „Wann“ führt zur Differenzierung zwischen Input-, Throughput- und Output-Legitimation, das „Wodurch“ zur Unterscheidung von prozeduraler und materieller Legitimation. Input-Legitimation erfolgt im Vorfeld oder zu Beginn der Gewaltaktion, Throughput-Legitimation während der Durchführung und die Output-Legitimation durch das Ergebnis bzw. nachträglich. Als Rechtfertigungsgründe eignen sich, wie schon angesprochen, materielle Gründe, die auf die Übereinstimmung einer Maßnahme mit bestimmten inhaltlichen Erwartungen und Maßstäben verweisen. Es können aber auch prozedurale Gründe angegeben werden, die sich auf bestimmte formelle Erwartungen und Verfahren beziehen. Hierzu gehört der Nachweis, im Vorfeld alle friedlichen Konfliktlösungsalternativen geprüft zu haben oder während des Gewalt-

17 Vgl. Imbusch 2002, S. 44, allerdings mit dem allgemeineren Bezug auf kollektive Gewalt, die meist (S. 43), aber nicht immer (S. 47) politischen Charakter habe.

18 Vgl. Imbusch 2002, S. 44.

Abbildung 3 Legitimation politischer Gewalt

Legitimation politischer Gewalt	Wann	Wodurch	
		<i>prozedural</i>	<i>materiell</i>
Input-Legitimation	im Vorfeld/zu Beginn	z. B. zulässige Entscheidungsinstanz	z. B. eklatante Rechtsverletzungen
Throughput-Legitimation	bei der Durchführung	z. B. unabhängige Beobachter	z. B. Vermeidung ziviler Opfer
Output-Legitimation	durch das Ergebnis/nachträglich	z. B. nachträgliche Genehmigung	z. B. erreichte Verbesserung

Quelle: eigene Darstellung.

verlaufs immer wieder Verhandlungsangebote gemacht zu haben. Besonders augenfällig sind solche prozeduralen Rechtfertigungen bei verrechtlichter Gewalt.¹⁹

Liegen nicht für alle Phasen Legitimationsgründe vor, kann das ggf. durch die Legitimation einer anderen Phase geheilt werden. Das ist aber nicht immer der Fall. Wird z. B. während der Durchführung einer Maßnahme ein drohender illegitimer Output vorhersehbar, reicht die Input-Legitimation zur Fortführung ggf. nicht mehr aus. Sie wird in der Regel dennoch nicht beendet, sondern eher die Legitimationsstrategie geändert, etwa durch eine Erweiterung um Fernziele („klassenlose Gesellschaft“, „Gottesstaat“, „Neuer Mensch“), die eine Outputkontrolle – wenn überhaupt – erst in weiter Zukunft erlauben würden. Auch daran ist der instrumentelle Charakter der Legitimation zu sehen; es geht um die Erzeugung von Legitimationsglauben zur Mobilisierung von Ressourcen und dem Abbau von Hemmnissen. Das schließt nicht aus, aber auch nicht notwendig ein, dass die Entwickler der Strategien die Rechtfertigungsgründe selbst glauben.

Resümierend liegen die wesentlichen Unterschiede zwischen politischer und vorpolitischer Gewalt in den stets überindividuellen Zielen, der Möglichkeit einer intendierten Ziel-Opfer-Differenz, der Einbeziehung eines Dritten als Adressaten und der Einbettung des Gewaltakts in eine alle Phasen umfassenden Legitimationsstrategie. Innerhalb des Bereichs politischer Gewalt sind die Unterscheidungskriterien der Ziele und Opfer am aussagekräftigsten, während bzgl. Legalität und Legitimität Gemeinsamkeiten überwiegen.

¹⁹ Beispielsweise, dass eine Verhaftung nur auf formellen Haftbefehl eines Richters erfolgen darf oder im Bereich zwischenstaatlicher Gewalt dass der Einsatz von Bundeswehrtruppen vom Parlament beschlossen werden muss oder das militärische Sanktionen vom Sicherheitsrat nicht gegen den Einspruch einer Vetomacht verhängt werden dürfen.

Handbuch Politische Gewalt

Formen - Ursachen - Legitimation - Begrenzung

Enzmann, B. (Hrsg.)

2013, XIV, 393 S. 10 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-531-18081-6